Widerstand gegen die NS-Medizinverbrechen im Rheinland

Helmut Rönz

1. Einleitung

Widerstand und NS-Medizinverbrechen – das sind zwei separierte Forschungsbereiche. Es fragt sich, ob wir mit „Widerstand" im Kontext der NS-Verbrechen an Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen[1] überhaupt den richtigen Begriff treffen können. Gleichwohl soll im Folgenden ein Teilbereich unserer Forschungen, nämlich klassische landesgeschichtliche Synergien zwischen zwei Forschungsprojekten, vorgestellt werden. Es handelt sich um das bereits etablierte Projekt des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) „Widerstand im Rheinland 1933–1945"[2] und das aktuelle gemeinsame Projekt des Rhein-Sieg-Kreises und des LVR-Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte „NS-Medizinverbrechen im Rhein-Sieg-Kreis 1933–1945". Beides sind Pilotprojekte, die zeigen, wie Empirie und die oftmals geschmähte Grundlagenforschung das Fach voranbringen und eigene Ergebnisse anschlussfähig gestaltet werden können.[3]

> „Wir sind Amboß und nicht Hammer! Aber seht einmal zu in der Schmiede! Fragt den Schmiedemeister und laßt es euch von ihm sagen: Was auf dem Amboß geschmiedet wird, erhält seine Form nicht nur vom Hammer, sondern auch vom Amboß. Der Amboß kann nicht und braucht auch nicht zurückzuschlagen, er muß nur fest, nur hart

1 Zur Medizin im Nationalsozialismus und den verübten Verbrechen vgl. u.a. Wolfgang Uwe Eckart, Medizin in der NS-Diktatur. Ideologie, Praxis, Folgen, Wien – Köln – Weimar 2012; Maike Rotzoll (Hg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie"-Aktion „T4" und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn 2010; Sigrid Oehler-Klein/Volker Roelcke (Hg.), Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2007; Ralf Forsbach (Hg.), Medizin im „Dritten Reich". Humanexperimente, „Euthanasie" und die Debatten der Gegenwart, Hamburg 2006.

2 Die zahlreichen Facetten des Widerstandes im Rheinland werden seit 2009 im LVR-Forschungsprojekt „Widerstand im Rheinland 1933–1945" qualitativ und quantitativ erforscht. Die Ergebnisse sind abrufbar im Internetportal Rheinische Geschichte unter: https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Projekte/Widerstand-im-Rheinland-1933-1945/Widerstandskarte (abgerufen am 24.02.2020). In diesem Rahmen erschien u.a. Helmut Rönz/Markus Gestier (Hrsg.), „Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!" Widerstand an der Saar (Malstätter Beiträge), St. Ingbert 2016.

3 Verwiesen sei hier auf das Werk von Ansgar Klein, das die Ergebnisse unseres Forschungsprojektes zusammenführt: Ansgar S. Klein, „Euthanasie", Zwangssterilisationen, Humanexperimente. NS-Medizinverbrechen an Rhein und Sieg 1933–1945 (Stadt und Gesellschaft. Studien zur Rheinischen Landesgeschichte 8), Wien – Köln – Weimar 2020. Für den Raum Trier vgl. die jüngst erschienene Dissertation von Matthias Klein, NS-"Rassenhygiene" im Raum Trier (Rheinisches Archiv, 161), Wien – Köln – Weimar 2020.

sein! Wenn er hinreichend zäh, fest, hart ist, dann hält meistens der Amboß länger als der Hammer. Wir sind zur Zeit Amboß, nicht Hammer!"[4]

Das waren Worte aus einer der berühmtesten Predigten des 2005 selig gesprochenen Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen.[5] Sie wurden im Juli 1941 in der Münsteraner Überwasserkirche gehalten. Um die Predigten Galens, vor allem um seine dritte Predigt im August 1941, dreht sich die Debatte um oppositionelles Verhalten zur NS-Medizinpolitik nach 1933. Um sie dreht sich nicht zuletzt die Debatte nach Intensität und Zielsetzung katholischer Opposition.[6] Damit angeschnitten ist auch die hitzig diskutierte Frage, inwiefern es überhaupt so etwas wie kirchlichen Widerstand gab. Dies ist auch für den vorliegenden Beitrag ein wichtiges Thema, denn Träger*innen der Opposition gegen die NS-Medizinpolitik waren nun einmal vor allem in den christlichen Kirchen sozialisierte Vertreter*innen und auch kirchliche Funktions- und Amtsträger. Doch bevor im Einzelnen Fälle der Opposition, womöglich auch der Selbstbehauptung gegen die NS-Medizinverbrechen vorgestellt, eingeordnet und qualifiziert werden, muss auf eine besondere Schwierigkeit im Bereich der NS-Medizinverbrechen hingewiesen sein.

2. Widerstand – das richtige Wort?

Wenn von Widerstand die Rede ist, dann denken die meisten Zeitgenoss*innen vor allem an den militärischen Widerstand, an das Attentat vom 20. Juli und dessen Vorbereitung, an die gescheiterten Attentatsversuche der Heeresgruppe Mitte und von Teilen des Generalstabs in den Jahren zuvor. Auch fallen Namen wie Henning von Tresckow, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Erwin von Witzleben. Ebenso ist das Gedenken an den württembergischen Schreinergesellen Georg Elser nach wie vor lebendig.[7] Doch sind es eben nicht nur diese Umsturzversuche, die Opposition und

4 Text der Predigt in Peter Löffler (Bearb.), Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933–1946, Band 2 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, 42), 2. Aufl., Paderborn 1996, 855ff., hier 859. Zur literaturwissenschaftlichen Analyse der Predigten vgl. den Beitrag von Marcin Gołaszewski in diesem Band oder Marcin Gołaszewski, Clemens August Graf von Galen. Ein politischer Prediger im Nationalsozialismus. Analysen der Predigten und Hirtenbriefe (Gießener Arbeiten zur Neueren Deutschen Literatur und Literaturwissenschaft, 31), Frankfurt a.M. 2010.

5 Vgl. weiterführend Joachim Kuropka (Hg.), Galen. Wege und Irrwege der Forschung, Münster 2015; Hubert Wolf/Thomas Flammer/Barbara Schüler, Clemens August Graf von Galen. Ein Kirchenfürst im Nationalsozialismus, Darmstadt 2007.

6 Einen guten forschungsgeschichtlichen Überblick geben Christoph Kösters, Katholiken im Dritten Reich: eine wissenschafts- und forschungsgeschichtliche Einführung, in: Karl-Joseph Hummel/Michael Kißener (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich – Kontroversen und Debatten, Paderborn 2010, 37–60 und Michael Kißener, Ist „Widerstand" nicht „das richtige Wort"?, in: Ebd., 167–178; anknüpfend an unser Projekt auch Ders., Katholisches Rheinland – Widerständiges Rheinland?, in: RhVjbll 77 (2018), 118–129.

7 Mit der Literatur über die genannten Widerstandsaktionen ließen sich ohne weiteres ganze Bibliotheken füllen. Beispielhaft herausgegriffen seien hier Manuel Becker (Hg.), Der militärische Widerstand gegen Hitler im Lichte neuer Kontroversen (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e.V., 12), Bonn 2008; Ulrich Renz, Georg Elser – Allein gegen Hitler, Stuttgart 2014; Helmut Ortner, Der einsame Attentäter. Georg Elser – Der Mann, der

Widerstand im Deutschen Reich kennzeichneten, vor allem waren es auch die kleinen aus dem Alltag und dem Beruf gewachsenen Aktionen, die von Zivilcourage, Nonkonformismus, Mut, Selbstbehauptung und Unabhängigkeit zeugten. Doch gibt es durchaus Spezifika, wenn es um unseren heute zu betrachtenden Sachverhalt geht. Es gibt besondere Schwierigkeiten, die mit dem Sujet und mit den beteiligten Gruppen zu tun haben.

Zum einen existiert in diesem Bereich oft ein Problem mit der Bewertung. Damit ist nicht die Einordnung in die zahlreichen heuristischen Systeme der Qualifizierung von widerständigem Verhalten gemeint, sondern zunächst ausschließlich der Zusammenhang, in dem ein Fall von oppositionellem Verhalten steht. Einfach ist es für die/den Betrachter*in, wenn ein Arzt zum Beispiel einen Eingriff verweigert oder sich der Systematik verwaltungsbehördlicher Arithmetik entzieht. Schwieriger ist es hingegen, wenn die eigene Familie den Sohn, den Bruder oder die Schwester rettet, wie es allerdings nur selten vorkam und oft den eigenen familiären Verhältnissen geschuldet war. Solche Fälle sind in einer Grauzone zwischen Eingabe, Ausnutzung des politischen Rahmens und Opposition, wie etwa beim Fall der Familie L.[8] Ist das dann Retterwiderstand[9] oder ist es nicht eher Selbstbehauptung? Die Rettung des eigenen Lebens oder das eines Familienmitglieds ist zwar ein Angriff auf die herrschende Ideologie – ja, auf den ideologischen Kern des Nationalsozialismus, nämlich auf die Rassenlehre

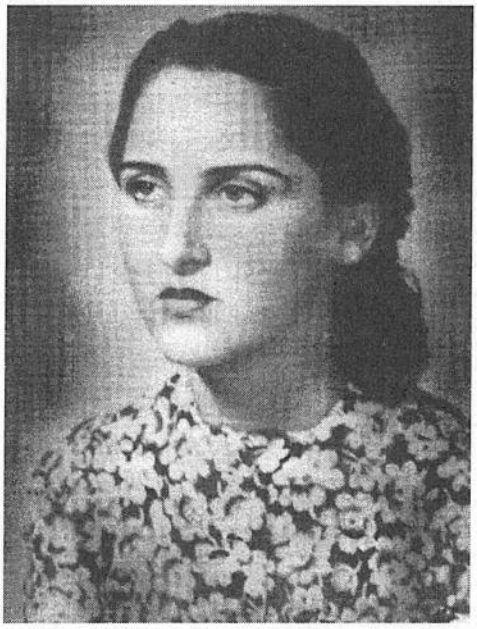

Abb. 1: Edith Meyer, Jahr der Aufnahme unbekannt (Ernst Meyer via Guenter Schmitz Collection/Yad Vashem)

Hitler töten wollte, Darmstadt 2013.

8 Siehe S. xxx

9 Erstmals verwendet wurde der Begriff bei Wolfram Wette (Hg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2003; jüngst Ansgar Klein, Bürgerlicher Widerstand, Retterwiderstand und Alltagswiderstand im Saarland 1935–1945, in: Rönz/Gestier, Widerstand, 183–210.

und den Sozialdarwinismus – aber zugleich ist es eine Notwendigkeit zum eigenen Überleben, ein Überlebensreflex gewissermaßen. Dies zeigt auch der folgende Fall aus Solingen: Hier versteckte die jüdische Schneiderin Helene Krebs zusammen mit ihrem Ehemann Paul Ludwig Krebs ihre jüdische Cousine Edith Meyer und deren Verlobten Heinrich Heinen.

Ausgangspunkt der Aktion war ein Treffen am 30. April 1943. Zuvor war Meyer nach Riga deportiert, jedoch im April 1942 von ihrem Verlobten Heinen befreit worden.[10] In Solingen kamen beide für einige Tage bei der Familie Krebs unter, reisten dann aber ab, um die Flucht über die Schweizer Grenze zu wagen. Der Gestapo gelang es, das Paar vor ihrem Grenzübertritt am 22. Juni 1943 zu verhaften. Eine Bekannte, die von Meyer kurz zuvor um Hilfe gebeten worden war, hatte alle Beteiligten wenige Wochen zuvor denunziert. Das Ehepaar Krebs stritt in den Verhören die Rettung ihrer Cousine ab. Dennoch inhaftierte die Gestapo beide im August 1943. Paul, der als Nicht-Jude bei der Bergischen Metallwarenfabrik Deppmeyer & Co. beschäftigt war, wurde nach mehrfachen Interventionen seiner Firma entlassen. Seine jüdische Ehefrau – inzwischen im vierten Monat schwanger – wurde auf Betreiben der Gestapoleitstelle Düsseldorf am 7. Dezember 1943 über Berlin nach Auschwitz deportiert. In einem Schreiben des Dienststellenleiters an das Reichsicherheitshauptamt Berlin heißt es dazu:

> „Da die Ehe seit ca. 10 Jahren besteht und kinderlos ist, liegt die Annahme nahe, daß mit der Zeugung des Mischlings eine evtl. eintretende Evakuierung unmöglich gemacht und weitere Privilegien geschaffen werden sollten."

Bittgesuche des Ehemanns blieben unbeantwortet.[11] Die genauen Umstände des Todes von Helene Krebs bleiben ungewiss; am 3. Januar 1943 erhielt ihr Ehemann die Todesmeldung seiner Frau. Edith Meyer kam ebenfalls ums Leben, nachdem sie am 9. Oktober 1942 nach Auschwitz deportiert worden war. Ihr Verlobter Heinrich Heinen, inzwischen wegen Rassenschande zu fünf Jahren Haft verurteilt, wurde von der Gestapo bei einem Fluchtversuch erschossen.

Wohl kein*e Verfolgte*r des NS-Regime dachte bei der eigenen Rettung daran, dem Nationalsozialismus eins ausgewischt, sondern vielmehr, das eigene Leben bewahrt zu

---

10 Vgl. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), RW 58, Nr. 52490.

11 Zu Weihnachten 1942 hatte Paul Ludwig Krebs noch darum gebeten, „jede Schuld auf mich zu nehmen, aber ich kann es nicht ertragen, daß das Menschenkind, mit dem man jetzt jahrelang verheiratet ist, in ein ungewisses Unglück hineingeführt wird, ohne daß man ihm helfen kann. Das kann auch, wenn es einen Herrgott gibt, unser Herrgott nicht gutheißen, und der Führer spricht stets von einem solchen Herrgott." Vgl. auch für die weiteren Schilderungen des Falls: Holger Berschel, Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 58), Essen 2001, 415–422; Edith Raim, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Der Wiederaufbau der Justiz in den Westzonen unter alliierter Aufsicht und die Ahndung von NS-Verbrechen 1945–1949/50, München 2013, 1130; Armin Schulte, Helene Krebs, in: Biographische Skizzen von Solinger Opfern des Nationalsozialismus, abgerufen unter: https://www.solingen.de/de/archiv/stolperstein-krebs-helene-geborene-berg-berg-helene-verheiratete-krebs-94017/ (abgerufen am 17.3.2020).

haben.[12] Eine Binsenweisheit, in der Tat. Wie geht man nun mit den Eltern um, die das eigene Kind retten und eben nicht ausliefern? Wie mit der Tante, die den Neffen betreut? Hört Selbstbehauptung bei der Nachbarschaft auf und gilt nur für die eigene Familie? Vor allem der Retterwiderstand in unserem Untersuchungsbereich stellt die Widerstandsforschung vor besondere Aufgaben. Das Ziel muss also sein, eine Systematik zu implementieren, die aufzeigt, dass es eben abweichende Stufen widerständigen Verhaltens gab, denen man gerecht werden muss und die zugleich einzuordnen sind.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Frage nach Form und Bewertung von Widerstand ein ständiger Streitpunkt. Die leidige Diskussion um die richtigen Termini lässt oftmals die Courage und den Mut der kleinen Leute außer Acht und wird so der Frage nach Anpassung und Resistenz gegen ein totalitäres Regime nicht immer gerecht.[13] Bereits mehrfach wurden Stufenschemata zur Erfassung von widerständigem Verhalten vorgelegt.[14] Das gängigste ist jedoch das von Konrad Repgen, Klaus Gotto und Hans Günter Hockerts bereits 1983 für den Katholizismus vorgelegte Modell von den vier Stufen des Widerstands.[15] Es liegt unserem Projekt zugrunde, auch wenn wir wissen, dass es nur schwer möglich ist, die zahlreichen Menschen, Motivationen, Interessen und Situationen in ein Schema zu pressen. Es wird uns im Folgenden eine Hilfe geben, wenn wir drei einzelne Bereiche besonders beleuchten:

- Die Rolle der Ärzte in der NS-Medizinpolitik.
- Die Rolle von Familien, Nachbarschaft und Einzelpersonen.
- Die Rolle von Institutionen und Körperschaften wie etwa den Kirchen.

3. Die Rolle der Ärzte in der NS-Medizinpolitik

Ralf Forsbach hat bereits in seiner Habilitationsschrift darauf hingewiesen, wie schwer es ist, widerständiges Verhalten der Ärzte nachzuweisen.[16] Nach Michael H. Kater handelt es sich schließlich um die akademische Berufsgruppe mit dem höchsten Anteil

12 Vgl. Hans Erler/Arnold Paucker/Ernst Ludwig (Hg.), „Gegen alle Vergeblichkeit". Jüdischer Widerstand der Juden in Europa 1939–1945, Frankfurt a.M. 1995.

13 Zuletzt beispielhaft der Versuch eines Stufenmodells der Täterschaft bei Olaf Blaschke, Stufen des Widerstands – Stufen der Kollaboration, in: Andreas Henkelmann/Nicole Priesching (Hg.), Widerstand? Forschungsperspektiven auf das Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus (theologie.geschichte Beiheft 2), Saarbrücken 2010, 63–88.

14 Zur methodischen Herangehensweise vgl. weiterführend Helmut Rönz (iVm Alena Saam), Widerstand an der Saar 1935–1945. Eine Einleitung, in: Rönz/Gestier, Widerstand, 11–47; Ders., Historiker und Gedenkakteure. Das LVR-Projekt „Widerstand im Rheinland 1933–1945" und der christliche Widerstand, in: Siegfried Hermle/Dagmar Pöpping (Hg), Zwischen Verklärung und Verurteilung. Phasen der Rezeption des evangelischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus nach 1945, Göttingen 2017, 259–270.

15 Klaus Gotto/Hans Günter Hockerts/Konrad Repgen, Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans Adolf Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn 1983, 655–668.

16 Vgl. Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich", München 2006. Weiterführend auch: Ursula Ferdinand/Hans-Peter Kröner/Ioanna Mamali (Hg.), Medizinische Fakultäten in der deutschen Hochschullandschaft 1925–1950, Heidelberg 2013.

Abb. 2: Portrait der Familie Vonessen. Untere Reihe, 2. v.l.: Franz Vonessen (Privatarchiv Franz Klemens Vonessen, Freiburg)

von NSDAP-Mitgliedern.[17] Eines der berühmten und von Klaus Schmidt porträtierten Beispiele für einen Arzt im Widerstand ist Franz Vonessen aus Köln.[18] Es lohnt sich, die Biographie dieses Mannes genauer zu betrachten, denn es spielt hier auch ein Motiv in seine Entscheidungen mit hinein, dem bei der Frage nach der Bedeutung der Kirche eine Rolle zu kommt.

Franz Vonessen war der Urenkel eines konvertierten Juden und wurde am 10. November 1892 als drittjüngstes von zehn Kindern einer katholischen Kaufmannsfamilie in Essen geboren. 1934 kam er als Stadtarzt beim Kölner Gesundheitsamt mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" in Konflikt. Er war kein NSDAP-Mitglied und galt als politisch „unzuverlässig". Oberbürgermeister Günter Riesen teilte ihm im Dezember 1933 mit,[19] er habe beim preußischen Innen-

17 Vgl. Michael H. Kater, Ärzte als Hitlers Helfer, Hamburg – Wien 2000, 394.

18 Vgl. für die weiteren Ausführungen die Schriften von Klaus Schmidt, u.a.: Klaus Schmidt, Das gefährdete Leben. Der Kölner Arzt und Gesundheitspolitiker Franz Vonessen (1892–1970), Köln 2004; Ders., Franz Vonessen, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/franz-vonessen/DE-2086/lido/57c9389eda8a84.52218603 (abgerufen am 15.02.2020).

19 Zum bis 1936 amtierenden Oberbürgermeister Riesen vgl. Horst Matzerath, Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Köln 2009, 76.

ministerium seine Versetzung in ein Amt von geringerem Rang beantragt. Vom Recht auf Versetzung in den Ruhestand wollte Vonessen keinen Gebrauch machen. Daraufhin wies ihm der Beigeordnete für Gesundheitswesen der Stadt Köln Karl Coerper eine neue Stelle zu. Dort erhielt er Anweisung, bei Zwangssterilisationen mitzuwirken, indem er für Beantragungen und Gutachten zuständig sein sollte. Vonessen weigerte sich.

1935 wurde Vonessen vor die Entscheidung gestellt, sich auf die Aufgabe einzulassen oder den Dienst zu quittieren. Unter Hinweis auf seine religiösen Grundsätze lehnte Vonessen dies ab und wurde daraufhin von der Stadtverwaltung in Pension geschickt. Es folgte eine längere Krankheit, während derer sich einige seiner Kollegen an der Erfüllung der NS-Gesetze beteiligten, so etwa Karl Pesch, Oberarzt am Kölner „Hygiene-Institut", außerordentlicher Professor und Direktor des Kölner Museums für Volkshygiene.[20] Im Gesundheitsamt stellte er die Anträge auf „Unfruchtbarmachung" – also jene, die Vonessen eigentlich stellen sollte. Die Operationen wurden in der Chirurgischen Universitätsklinik „Lindenburg" und der mit ihr verbundenen Universitäts-Frauenklinik sowie im Evangelischen Krankenhaus Weyertal durchgeführt. Vonessen musste diese Praktiken nicht mit verantworten.

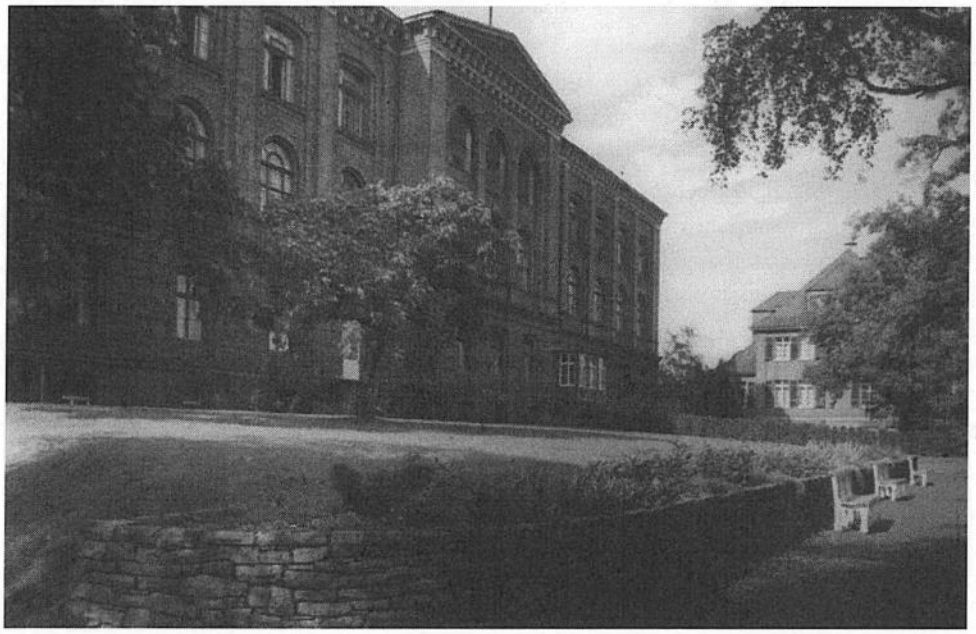

Abb. 3: Die alte Frauenklinik der Universität Bonn an der Theaterstraße 5, Rheinseite, undatiert, vermutlich in den 1930er Jahren (Archiv der Universität Bonn)

20 Vgl. Michal Šimůnek, Ein neues Fach. Die Erb- und Rassenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Prag 1939–1945, in: Antonín Kostlán (Hg.), Wissenschaft in den böhmischen Ländern 1939–1945, Praha 2004, 190–316, hier 201; Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2007, 454.

Nach Vonessens Genesung baute er im Herbst 1937 eine Privatpraxis auf, in der sich auch NSDAP-Mitglieder einfanden. Zugleich war er Arzt des Vertrauens für viele Jüdinnen und Juden in Köln und arbeitete eng mit den Nachbarländern zusammen, wenn es um die Auswanderung von Verfolgten ging. Die Verfolgung durch die Nationalsozialisten war allerdings noch nicht zu Ende. Kurze Zeit später kündigte die Krankenkasse die Mitgliedschaft seiner Familie. Allen Widrigkeiten zum Trotz half er Jüdinnen und Juden weiterhin zur Flucht und als dies nicht mehr ging, versteckte er sie zeitweise. Interessant an diesem Fall ist auch, wie sich Franz Vonessen nach dem Krieg verhielt. Er baute maßgeblich das Gesundheitswesen in Köln wieder auf – gemeinsam mit zahlreichen Ärzt*innen, die er kannte und die in der NS-Zeit für die NS-Medizinpolitik tätig waren – und er schwieg dazu.

Fälle wie jener des Arztes Vonessen haben im Vergleich zu den zahlreichen Zeitzeug*innenberichten den Vorteil, dass sie auch archivalisch dokumentiert sind. Das ist nicht überall so, auch nicht bei jenen Fällen, in denen Ärzt*innen nach dem Krieg zu ihrer Rolle Stellung bezogen haben.[21] Das gilt auch nicht für die Bonner Medizinische Fakultät, deren Geschichte in der NS-Zeit Ralf Forsbach in seiner Habilitation dokumentiert hat.[22] Forsbach konstatierte zur Widersetzlichkeit gegen das NS-Regime:

> „Vermeintlich oder tatsächlich Kranke, die zu den Verfolgten des NS-Regimes zählten, fanden in einigen Kliniken und bei einigen Medizinern Hilfe und Unterstützung. Dies ist für Ernst Derra und Wolfgang Riehm belegt, obwohl beide der NSDAP angehörten. Die verbotene Behandlung von Juden ist für mehrere Mediziner belegt, ebenso lassen sich Kontakte zu regimekritischen Kreisen nachweisen. Einer inneren Resistenz aus Glaubensüberzeugungen und einem humanistischen Verständnis der ärztlichen Verantwortung begegnet man immer wieder. Dennoch sind keine Aktionen von Angehörigen der Medizinischen Fakultät, insbesondere nicht von Ordinarien, bekannt geworden, die es erlaubten, vorbehaltlos von ‚Ärzten im Widerstand' zu sprechen."[23]

Das galt eben auch für jene, die die Arbeit als Landarzt der Tätigkeit in der Universitätsklinik vorzogen und dies dann nach 1945 mit der Ablehnung der NS-Medizinpolitik begründeten. Es muss allerdings offen bleiben, inwiefern hier Ärzte nach ethischen Prinzipien handelten oder einfach nicht geeignet für die akademische Karriere waren.

Für die Saar widmete Christoph Braß ein Kapitel seiner Dissertation den Handlungsmöglichkeiten von Angehörigen, Institutionen und Ärzten. Er kam auf ein ähnliches Ergebnis: Braß führt Einzelfälle auf, die allerdings ein durchaus differenziertes Bild

---

21 Beispielhaft genannt sei hier der T4-Gutachter Friedrich Albert Panse, der seine Karriere nach 1945 ohne größere Zwischenfälle fortsetzen konnte. Vgl. Ralf Forsbach, Friedrich Albert Panse, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/friedrich-albert-panse/DE-2086/lido/57c9580a31d439.44969002 (abgerufen am 17.03.2020).

22 Forsbach, Fakultät. Hier lohnt sich auch der Blick auf die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin: Ralf Forsbach/Hans-Georg Hofer, Die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin in der NS-Zeit. Ausstellung aus Anlass des 121. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin 18.–21. April 2015 in Mannheim, Wiesbaden 2015.

23 Ebd., 603.

von den Möglichkeiten – auch jenen der Amtsärzte – zeichnen, vor allem hinsichtlich der Krankenmorde.[24] Weniger galt dies für die Zwangssterilisationen. Hier waren es häufiger Psychiater, die sich verweigerten. So ist der Fall des fränkischen Bezirksarztes Löffler bekannt, wenn auch nicht am Rhein gelegen. Ein Kreisleiter der NSDAP meldete im Dezember 1940 an den Gauamtsleiter in Nürnberg:

> „Als ich Herrn Bezirksarzt Löffler den Vorschlag machte, einen Maurermeister [...] zur Beobachtung seines Geisteszustands auf einige Wochen nach Ansbach in die Anstalt zu schicken, erklärte er, dies nicht verantworten zu können, da er nicht wisse, ob derselbe wieder lebend zurückkommt."[25]

So wies denn auch der Staatssekretär Franz Schlegelberger am 4. März 1941 den Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers darauf hin, dass sich psychiatrische Gutachter zunehmend weigerten, im Gerichtsverfahren die Anstaltsunterbringung von Straftäter*innen zu fordern, weil eine solche Unterbringung „im Ergebnis die Vollziehung eines Todesurteils ohne vorausgegangenes Gerichtsverfahren bedeute"[26]. Solche Einwürfe waren selten. Weniger selten waren sowohl in der ersten Phase der Zwangssterilisationen als auch in der zweiten Phase der Krankenmorde eine gewisse Zurückhaltung der betroffenen Ärzte und dann vor allem im zweiten Zeitabschnitt eine Untergrabung der Zielsetzungen. Fälle, wie die des Hildesheimer Psychiaters Dr. Hermann Grimme und des Göttinger Direktors der Universitätsnervenklinik Professor Gottfried Ewald, die beide durch Fälschung von Meldebögen und Zurückstellungen versuchten, Patient*innen zu retten, veranschaulichen diesen Sachverhalt.[27] Andere Ärzte befanden sich wiederum auf einer Gratwanderung zwischen punktueller Nonkonformität und Mitwirkung. Am Beispiel der Anstalt Bethel und der evangelischen Anstalten der „Inneren Mission" im Rheinland hat Uwe Kaminsky dieses Dilemma herausgearbeitet.[28] Eingaben und Gespräche zum Abbruch der „T4"-Aktion hatten keine Wirkung gezeigt. Daher entschlossen sich die evangelischen Anstalten am Rhein, dem Beispiel Bethels zu folgen und Patient*innen mit Blick auf ihre Leistungsfähigkeit in sieben Gruppen einzuteilen. Angehörige der niedrigsten Kategorie wurden mit Blick auf den „Wert des in Frage kommenden Lebens für die Gemeinschaft"[29] den Mordaktionen preisgegeben, andere sollten durch diese „Vorselektion" geschützt werden. Dies geschah allerdings nicht überall. Zahlen aus Merxhausen und Haina legen nahe, dass es stets auf das medizinische Personal ankam, wie viele Patient*innen nach Hadamar verlegt wurden. In der Tat ist hier eine oftmals milieugeleitete Nonkonformität, eine

---

24 Vgl. Christoph Braß, Zwangssterilisation und „Euthanasie" im Saarland 1935–1945, Paderborn 2004, 302–326.
25 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HStA), Abt 631a, Nr. 211, p. 45, zit. n: Braß, Zwangssterilisation, 320.
26 Ebd., p. 49. Vgl. Braß, Zwangssterilisation, 324.
27 Vgl. Ebd., 317.
28 Vgl. Uwe Kaminsky, Zwangssterilisation und „Euthanasie" im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933–1945, Köln 1995, 322–326.
29 Es handelt sich um eine Aktennotiz des Geschäftsführers des Rheinischen Provinzialausschusses für Innere Mission, März 1941. Zit. n. Ebd., 363.

Verweigerung gegen bestimmte Praktiken und Ideen der NS-Ideologie zu beobachten. Das bedeutete nicht, dass diese Ärzte das Regime als solches ablehnen mussten.

Für eine ganz andere Berufsgruppe, die hier als mögliche Träger oppositionellen Verhaltens ausgelassen werden muss, ist dieser Befund inzwischen in einer Mikrostudie nachgewiesen. Michael Kißener hat in seiner Studie über die badischen Richter auch die Erbgesundheitsgerichte untersucht und dargelegt, dass das NS-Regime dort gezielt protestantische Juristen eingesetzt hat. Nur ein geringer Prozentsatz der Richter war katholisch.[30] Mutmaßlich wollte das Regime damit einer zu skrupulösen Handhabung der „rassenhygienischen" Praktiken vorbeugen. Unabhängig von der Verweigerung mancher Ärzte, die NS-Medizinpolitik mitzutragen, zeigt sich der Zusammenhang zwischen Milieubindung, religiöser Zugehörigkeit und Reflexion und vor allem Gruppenzugehörigkeit auch bei angehenden Medizinern. Beispielhaft für einen gegenläufigen Fall ist der Bonner Medizinstudent Willi Graf, ein Angehöriger der „Weißen Rose".[31]

Insgesamt ist jedoch zu konstatieren, dass die akademischen Eliten – und hierzu gehören auch die Ärzte und die Richter – selten oppositionell waren. Allein sieben der acht Ärzte im Gesundheitsamt des von uns untersuchten Siegkreises waren Mitglied der NSDAP.[32] Zahlreiche Oppositionelle stammten dagegen aus den mittleren und einfachen Schichten, Arbeiter, Handwerker, Angestellte. Eine Ausnahme bildeten Geistliche, die allerdings die Interessen der eigenen Institution berücksichtigen mussten.

4. Die Rolle von Familien, Nachbarschaft und Einzelpersonen

Wenn es um Retterwiderstand im Bereich der NS-Medizinpolitik geht, waren es auch hier oftmals kirchliche Basisinstitutionen wie die Pfarren, die mit den Betroffenen und ihren Angehörigen Hand in Hand arbeiteten. Ein eher unbekanntes Beispiel stammt vom Mittelrhein. Hier lebte Frau L. mit zwei behinderten Söhnen, F. und W., direkt gegenüber der katholischen Grundschule St. Peter und Paul in Urmitz-Bahnhof. Um die beiden Jungen vor den „rassenhygienischen" Maßnahmen der Nationalsozialisten zu schützen, stellte die Kirche sie als Hilfsarbeiter ein. Ihre Aufgabe war es, die Plätze zu kehren und für Ordnung zu sorgen.[33] Das rettete sie nicht vor der Zwangssterilisation, jedoch vor dem Tod. Die beiden Brüder wussten sehr genau, was mit ihnen pas-

30 Michael Kißener, Zwischen Diktatur und Demokratie: Badische Richter 1919–1952 (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 7), Konstanz 2003, 260ff.

31 René Schulz/Paula Zeiler, Willi Graf, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://rheinische-geschichte.lvr.de/Personenlichkeiten/willi-graf/DE-2086/lido/57c6d5a3d53658.65913355 (abgerufen am 17.03.2020); Michael Kißener, Willi Graf. Von der Prägung eines widerständigen Katholiken (1933–1939), in: Ders. (g.), „Weitertragen". Studien zur „Weißen Rose". Festschrift für Anneliese Knoop-Graf zum 80. Geburtstag, Konstanz 2001, 11–24.

32 Vgl. Birgit Methfessel/Albrecht Scholz, Ärzte in der NSDAP. Regionale Unterschiede, in: Deutsches Ärzteblatt 103 (2006), 1064f.

33 Zeitzeug*innengespräch vom 20.09.2017.

siert war. Später, so zitiert sie ein Zeitzeuge, sagten sie häufiger in Gaststätten des Ortes einen Spruch auf: „Da kam der Professor Korth und schnitt dem F. die Eier fort.[34]„ Mit Professor Korth ist vermutlich der am 9. September 1907 in Köln geborene Chirurg an der Bonner Universitätsklinik Josef Anton Korth gemeint[35].

Vielleicht lässt sich anhand dieses Beispiels auch die Ambivalenz im Umgang der Bevölkerung mit solchen Fällen nachzeichnen – sowohl vor als auch nach 1945. Denn so sehr die katholische Pfarrgemeinde den Umgang mit F. und W.L. goutierte, so sehr hielt sich auch das archaische Narrativ, dass ein Fluch über der Mutter lag und Grund für die Behinderung der beiden Söhne gewesen sei. Auch der Spruch des F. über den Arzt aus Bonn sorgte zuweilen für Gelächter und nicht immer für Betroffenheit.

Dieser Fall ist zudem ein Beispiel für den Übergang von Selbstbehauptung und Schutz der eigenen Familie zu oppositionellem Verhalten. Die Mutter wollte ihre Kinder schützen – die Pfarrkirche war jene Instanz vor Ort, die dabei half. Ralf Forsbach hat für diese Form von Hilfe jedoch zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Fälle einerseits nur schwer zu beziffern sind. Andererseits ist es in den wenigsten Fällen gelungen, Psychiatriepatient*innen durch Anstellungen in Dienstverhältnisse oder durch Entlassungen zu den Angehörigen vor dem Tod im Rahmen der NS-Euthanasie zu retten. Belegt ist dies beispielsweise für die katholischen Anstalten Maria Hilf in Gangelt und St. Josef in (Düsseldorf-)Unterrath.[36]

Auch im zweiten untersuchten Bereich sind die Fälle widerständigen Verhaltens durchaus rar gesät. Das liegt weniger an der hier vorgenommenen Unterscheidung von Widerstand und Selbstbehauptung, sondern vielmehr daran, dass die Quellenlage schlecht ist. Briefe und sonstige Aktivitäten sind oft Zufallsfunde. Denn erfolgreiche Hilfen wurden nur in den seltensten Fällen aktenkundig. Das Schicksal der Fürsorgerin Änne Meier fand seinen Niederschlag in den Akten, führte sie später aber von St. Ingbert in das Konzentrationslager Ravensbrück. Seit ihrem Studium der Sozialpädagogik in Heidelberg war sie in der katholischen Jugendarbeit aktiv. Aus eigenem Antrieb hatte sie ab 1930 die Stammbäume der Familien ihres Bezirks aufgezeichnet, in denen bestimmte Krankheiten gehäuft auftraten. Die Rückkehr des Saarlandes an das Deutsche Reich 1935 hatte sie öffentlich abgelehnt. Mit der Einführung des Gesetzes zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses nach der Angliederung interessierten sich ihre Vorgesetzten nun aber für ihre Aufzeichnungen. Änne Meier weigerte sich, ihre Unterlagen herauszugeben, weil sie die daraus resultierende Verfolgung der Personen befürchtete. Eine Festnahme durch die Gestapo handelte sie sich erst ein, nachdem sie 1942 Flugblätter und Hirtenbriefe weitergegeben hatte, u.a. die Predigt des Bischofs von Münster gegen die NS-Euthanasie. Am 21. Februar 1942 verhaftete die

34 Zeitzeug*innengespräch vom 01.05.2020.

35 Vgl. Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich", München 2006, S. 380, Fn. 260.

36 Vgl. Ralf Forsbach, „Euthanasie" und Zwangssterilisierungen im Rheinland (1933–1945), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/euthanasie%2522-und-zwangssterilisierungen-im-rheinland-1933%25E2%2580%25931945/DE-2086/lido/57d1351705eaa2.40921674 (abgerufen am 16.2.2020).

Gestapo Änne Meier. Die Schutzhaft begründeten die Beamten mit ihrem „fanatischen Einsatz" für die katholische Aktion. Sie wurde im April 1942 ins Konzentrationslager Ravensbrück gebracht, wo sie bei Kriegsende befreit werden konnte.[37]

Für die Betroffenen oder ihre Familien stellte sich die Situation gänzlich anders dar. Manche versuchten sich zu wehren, wenn sie von dem Antrag auf Unfruchtbarmachung erfuhren. Sie wandten sich an das Erbgesundheitsgericht und stellten eine Krankheit in Abrede. Meist verwiesen sie darauf, dass der Betroffene gesund sei und doch „alle Hausarbeit verrichten" könne oder „beschäftigt in der Fabrik" sei. Ein Vater argumentierte, nachdem er „entschieden Einspruch" erhoben hatte, dass seine 17-jährige Tochter „nur einmal nicht in die höhere Klasse versetzt worden" sei und im Haushalt arbeite:

> „[...] es wäre zu wünschen, dass alle deutsche Frauen so für das Haus und für den Haushalt sorgten. Der Gesetzgeber kann unmöglich das Gesetz der Sterilisation für vollkommen brauchbare Menschen geschaffen haben. Es verbietet mir deshalb schon die Liebe zu Volk und Vaterland, zur Sterilisation meiner Tochter Walburga meine Zustimmung zu geben. Mit deutschem Gruß."[38]

Christoph Braß sieht in seiner Studie über die Saarregion die Reaktionen der meisten Angehörigen zwischen Protest, Gleichgültigkeit und Einverständnis, sowohl bei den Sterilisationen als auch bei den Krankenmorden. Dies ist auch unser Befund. Klassischen Widerstand gab es nicht. Nur vereinzelt finden sich etwa Briefe wie die des älteren Bruders von Florian Halder, der aus der Gegend von St. Wendel wegen Epilepsie im Sommer 1940 in das „Irrenhaus" Eichberg verbracht wurde. Der ältere Halder, der zu diesem Zeitpunkt Soldat war, schrieb an die Anstalt:

> „Ich kenne die Krankheit meines Bruders und auch seinen geistigen Zustand und weiß jetzt schon, dass der Aufenthalt im Irrenhaus für ihn den sicheren Untergang und keine Besserung bedeutet. Als Bruder bin ich besorgt um ihn und betrachte es als meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für Florian das Möglichste für seine Besserung zu tun: Entweder kommt er in eine entsprechende Heilanstalt für Epileptiker oder nach Hause. [...] Ich habe ein Bruderherz und ein Herz für meine Mutter und kann und werde nicht dulden, dass zu Hause Mutter und Bruder dahinsiechen, während ich im Felde stehe. Daher dringe ich darauf, entweder meinen Bruder in eine Heilanstalt für Epileptiker (die beste ist nach meinem Dafürhalten die Bodelschwinghsche in Bethel bei Bielefeld)

37 Danach arbeitete sie wieder in St. Ingbert. Sie war Mitbegründerin des Landesverbandes der Verfolgten des Naziregimes (VVN) im Saarland, des Adolf-Bender-Zentrums zur Förderung demokratischer Traditionen in St. Wendel und der Pax-Christi-Bewegung im Bistum Trier. Vgl. Landesarchiv Saarbrücken (LA Saar), LEA, Nr. 14121; Braß, Zwangssterilisation, 177f.; Albert H.V. Kraus, „Stellen Sie mich an die Wand und knallen Sie mich nieder!" Die katholische Widerstandskämpferin Änne Meier (1896–1989), in: Saarpfalz. Blätter für Geschichte und Volkskunde 47 (1995/94), 33–37. Gerhard Paul, „Deutsche Mutter - heim zu Dir!". Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1935, Köln 1984, 342f.

38 Archiv des Rhein-Sieg-Kreises (ARSK) LKB, Nr. 6658.

zu überweisen oder ihn nach Hause zu entlassen. Ich möchte den Vorschlag nicht in die Länge gezogen sehen sondern so schnell wie möglich erledigt sehen."[39]

Am 25. Oktober 1940 wurde Florian Halder nach Bethel verlegt. Solche Briefe zeigen die Handlungsspielräume von Familien auf. Das NS-Regime hatte angesichts des Krieges kein Interesse an Unmut in der Bevölkerung. Sicherlich war auch der Soldatenberuf des Bruders förderlich. Das Beispiel Halder zeigt, dass bei energischem Eintreten mehr möglich war, als viele annahmen und noch mehr Menschen dies nicht wahrhaben wollten.[40]

Auch der Protest von Unbeteiligten war im NS-Alltag nur selten. Oft reduzierte er sich auf die Kommunikation allgemeinen Unbehagens über die Morde an den Patient*innen. Er war meist nicht grundlegend und stellte das Regime nicht in Frage. Die Benachrichtigung über die Verlegung eines Kranken kam für viele Angehörige auch oftmals überraschend. Ebenso die Todesnachricht. Man ließ die überforderten Angehörigen zurück mit der Unsicherheit, den Gerüchten und ihren Vorahnungen. Nur wenige Angehörige verlangten von den Ärzten Aufklärung, da das Vertrauen in das Gesundheitswesen nach wie vor groß war. Oftmals überstieg der Gedanke, dass hier Menschen planvoll und gezielt ermordet würden, die Vorstellung der Angehörigen sowie der Bevölkerung. Nur wenige, wie die Henneferin Alice Kirschstein, durchschauten die planvolle und weitgehend geheim organisierte Aktion und verschriftlichten dies. Kirschstein schrieb am 5. November 1940 an die Medizinalabteilung im württembergischen Innenministerium:

„Dies Ereignis hat meine Gesundheit schwer beschädigt und ich kann noch jetzt nach drei Monaten über die Art seines Todes nicht hinwegkommen. Ich muss dem Ministerium aber noch weiter mitteilen, dass nicht nur die Tatsache, dass schon viele Hunderte von Geisteskranken auf dieselbe Weise beseitigt worden sind, im Volk bekannt geworden ist und in allen christlich denkenden Kreisen der Bevölkerung Unwillen und Erbitterung hervorgerufen hat, sondern dass auch alle diejenigen schwer beunruhigt sind, die ihre Angehörigen in Irren- und anderen Anstalten haben. Auch geht das Gerücht um, an den Kranken würden noch vor dem Tode medizinische Versuche quälender Art vorgenommen."[41]

Die wenigsten fanden den Mut, die zuständigen Stellen direkt anzuschreiben, wie Alice Kirschstein. Trotzdem erkannte das NS-Regime, dass sich Unbehagen in der Bevölkerung mehrte. So meldete der Bürgermeister von Siegburg an den Landrat des Siegkreises:

---

39 HStA, Abt. 403/1, Nr. 11007, Zit. n. Braß, Zwangssterilisation, 303f.

40 Dies hat Götz Aly in pointierter, wenn auch überspitzter Form dargelegt in Götz Aly, Die Belasteten. „Euthanasie 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte, Frankfurt a.M. 2013.

41 BArch NS 22–2233.

„Es geht das Gerücht in der Bevölkerung um, wonach Nervenkranke, die in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht sind, in der letzten Zeit in einer größeren Anzahl plötzlich sterben und dann sofort einem Krematorium überwiesen würden. Die Benachrichtigung der Angehörigen erfolge erst nach der Verbrennung."[42]

Das NS-Regime überwachte aufmerksam die Debatten im Volk. Mehr war allerdings kaum zu beobachten. Denn widerständige Haltungen oder Handlungen lassen sich nicht oder nur in Ansätzen belegen.

5. Die Rolle der Kirchen

Es ist vor allem der Münsteraner Bischof Galen, der mit dem Protest gegen die NS-Medizinverbrechen, speziell gegen die Krankenmorde, in Verbindung gebracht wird. Allerdings verdunkelt der Blick auf das Jahr 1941 durchaus das Panorama der gesamten Debatte zwischen Kirche und NS-Behörden. Auf Galen zentriert sich bis heute das Narrativ der gegen die NS-Medizinpolitik agierenden Kirche, auch wenn es bereits vorher einige Proteste seitens kirchlicher Würdenträger gab. Diese standen allerdings in der Tradition des Breslauer Metropoliten und Vorsitzenden der Bischofskonferenz Adolf Kardinal Bertram, der die nichtöffentliche Eingabe dem öffentlichkeitswirksamen Protest vorzog. So beginnt zwar nicht alles mit Galen, aber er ist durchaus die zentrale Gestalt des Protestes. Auch wenn der Historiker Hubert Wolf das Bild einer in Münster gegen die NS-Euthanasiemorde protestierenden Lichtgestalt relativiert hat,[43] bleibt sein Einsatz und die Fähigkeit, im entscheidenden Augenblick aus dem Glauben heraus den Mut eben jenes „Löwen von Münster" aufzubringen, nachhaltig im kollektiven Gedächtnis einer ganzen Generation verankert. Doch welche anderen Formen von Protest, Opposition und Sabotage der nationalsozialistischen Aktionen gab es? Worin unterschieden sie sich von den einleitend zitierten Worten vom „Hammer und Amboss"? Die Frage, inwiefern man hier von Widerstand sprechen kann, sollte mit Blick auf die lehramtliche Abwehrstellung gar um einen weiteren, durchaus brisanten, Aspekt erweitert werden: Können wir hier vom Widerstand der Kirchen sprechen?

Der propagandistische Aufwand zur Popularisierung der rassenhygienischen Maßnahmen im mehrheitlich katholisch geprägten Rheinland war erheblich; dennoch war der Widerstand gegen die seit 1933 betriebenen Maßnahmen gering und kam bis auf wenige Ausnahmen alleine aus katholischen Kreisen. In evangelischen Anstalten, das hat bereits Uwe Kaminsky herausgestellt, erörterte man im Falle der Zwangssterilisierungen nun nicht mehr das „Ob", sondern das „Wie".[44]

---

42 ARSK LSK 3295, BM Siegburg an LR, 22.8.1941.

43 Vgl. Hubert Wolf/Ingrid Lueb, Clemens August Graf von Galen. Gehorsam und Gewissen, Freiburg u.a. 2006. Dagegen zuletzt Joachim Kuropka, Unabhängig von „Menschengunst und Menschenlob". Clemens August Graf von Galen 1878–1946. Der Bischof von Münster (1933–1945) als Seelsorger, in: Maria Anna Zumholz/Michael Hirschfeld (Hg.), Zwischen Seelsorge und Politik. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit, Münster 2018, 195–211.

44 Kaminsky, Zwangssterilisation, 191.

Die traditionellen christlichen Moralvorstellungen kollidierten mit einem System, das Gut und Böse allein aus der „Gesundheit" eines imaginierten Kollektivs ableitete. Mit der Ablehnung des rassenhygienischen Prinzips folgten die Gegner*innen der NS-Medizin der päpstlichen Enzyklika „Casti Connubii" (1930).[45] Pius XI. hatte hier jene Leitlinie bereitgestellt, die Papst Paul VI. 1968 in seiner Enzyklika „Humanae vitae" aufbereiten sollte. Doch der Resonanzboden war zu Beginn der 1930er Jahre ein anderer als 1968. Die weltliche Obrigkeit, heißt es 1930, dürfe „die Unversehrtheit des Leibes weder aus eugenischen noch aus irgendwelchen Gründen direkt verletzen oder antasten."[46]

Die Schaffung formaler Voraussetzungen für die zwanghafte Sterilisation durch das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933 musste die Oberhirten der deutschen Diözesen besonders herausfordern. Einem Ergebnis der zusammengetretenen Fuldaer Bischofskonferenz folgend, richtete sich Kardinal Bertram im September 1933 an Reichsinnenminister Frick, um gegen die gesetzliche Maßnahme zu protestieren.[47] Auch im Erzbistum Köln zeigt sich, wie sehr Lehramt und erzbischöfliches Ordinariat auf die Vorgänge achteten. Parallel zu Bertrams Vorstoß warnte der Kirchliche Anzeiger der Erzdiözese vor dem Unterlaufen der kirchlichen Abwehrfront: An verschiedenen Orten sei versucht worden, die katholischen Vereine zu veranlassen, bei „ihren Mitgliedern Schriften zu verbreiten, deren Inhalt mit dem kirchlichen Standpunkt in der Sterilisationsfrage nicht in Einklang steht."[48] Jegliche Verbreitung solcher Schriften sei – daran erinnerte das Generalvikariat mehrfach – verboten.[49]

Das Jahr 1934 wurde mit einer erneuten Warnung vor völkischem Schriftgut und einer grundsätzlichen Mahnung Karl Joseph Kardinal Schultes eröffnet.[50] Es sei weder erlaubt, sich selbst zur Sterilisation, noch einen Antrag auf Sterilisation eines anderen Menschen zu stellen.[51] Die Mahnung sollte durch eine Kanzelverkündigung ihre Verbreitung finden; der von allen Bischöfen getragene Zusatz über das Verbot der

45 Der deutsche Wortlaut von Casti connubii (AAS 22 (1930), 539–592) findet sich auf der Seite der Gemeinschaft v. hl. Josef unter: https://www.stjosef.at/dokumente/casti_connubii.htm (abgerufen am 11.2.2020)

46 Ebd.

47 Weder eine aktive noch eine passive Mitwirkung sei Katholik*innen erlaubt, denn die Kirche lehne die rassenhygienischen Maßnahmen „als schwere Verletzung des naturgegebenen Rechtes fruchtbarer Ehebetätigung, als Verstoß gegen das unabänderliche natürliche Sittengesetz" ab. Vgl. das Schreiben Bertrams vom 12.09.1933 in: Bundesarchiv (BArch), R 1501, Nr. 126250, p. 80–81. Ebenfalls abgedruckt in: Bernard Stasiewski (Bearb), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Band 1: 1933–1934 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, 5), Mainz 1968, 392f.

48 Kirchlicher Anzeiger der Erzdiözese Köln (KA), 1933, 26.09.1933, 147.

49 In Ergänzung der Bekanntmachung vom 26. September 1933 wurde circa zwei Wochen später noch einmal auf die ebenfalls im KA veröffentlichte Enzyklika „Casti connubii" hingewiesen. Ebenfalls dürften staatliche Stellen katholische Vereine nicht dazu anhalten, bei ihren Mitgliedern „irgendwelche Schriften zu verbreiten". KA, 11.10.1933, 165.

50 Zuletzt zu Schulte: Ulrich Helbach, Dienst im tiefen Ernst der Gegenwart. Karl Joseph Kardinal Schulte 1871–1941. Erzbischof von Köln 1920–1941, in: Zumholz/Hirschfeld, Seelsorge, 133–172. An der Universität Bonn entsteht momentan eine kirchenpolitische Biographie über den Kölner Kirchenfürsten (von Keywan Klaus Münster).

51 Vgl. KA, 1934, 08.01.1934, 9. Hier weiter: „Bei dieser Gelegenheit sei aufs eindringlichste vor solchen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen gewarnt, die darauf aus sind, den katholischen Glauben und die christliche Sitte in unserem Volke zu untergraben."

Mitwirkung bei der Sterilisation wurde jedoch wenige Tage später vom Reichsinnenministerium verboten.[52] Doch für eine Beschlagnahme war es bereits zu spät. Auf Veranlassung des Generalvikariates hatte der Erlass Verbreitung in der kirchlichen Presse gefunden. Ein Gespräch mit dem Kölner Generalvikar Emmerich David verlief für den Regierungspräsidenten Bonsen wenig erfreulich.[53] Die Kirche habe, so David, „zu der Sterilisierungsfrage nicht länger schweigen können". Jegliches Vorgehen gegen Erlass und Verbreitung beurteilte der Generalvikar als konkordatswidrig. Der Kölner Regierungspräsident gab zu bedenken, dass von zentraler Stelle entschieden werden müsse, ob und inwiefern überhaupt gegen die organisierten Stellungnahmen der Oberhirten vorgegangen werden könne.[54]

Abb. 4: Karl Joseph Kardinal Schulte zu Besuch auf dem Campo Santo Teutonico, rechts von ihm der Direktor Emmerich David, 1920er Jahre (Historisches Archiv des Erzbistums Köln bzw. AEK, Bildsammlung 100974)

52 Vgl. Ulrich von Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 23), Mainz 1977, 62.

53 Auch für die weiteren Zitate: Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK), Best. 403, Nr. 16844, p. 145ff., Regierungspräsident zur Bonsen an Gestapo, Abschrift Oberpräsidium, 20.01.1934. Schon am 16. Jänner 1934 musste das Regierungspräsidium mitteilen, dass der Erlass am 14. Jänner in allen Gottesdiensten von der Kanzel verlesen worden sei. Ein gleichlautender Erlass sei auch in anderen Diözesen am gleichen Tag verlesen worden. Zu David vgl. Keywan Klaus Münster, Emmerich David, in: Elsbeth Andre/Helmut Rönz (Hg.), Rheinische Lebensbilder. Band 20, Köln 2019, 143–162.

54 Überhaupt wurde den zuständigen Beamten in derart diffizilen Fragen äußerste Vorsicht auferlegt. Ein Jahr später berichtete die Gestapostelle Aachen über die Anspannung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen: Für

Wie das Vorgehen des Kölner Oberhirten von Seiten mancher NSDAP-Mitglieder aufgenommen worden war, zeigt ein Bericht über die Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe Wahn wenige Tage nach Verlesung des Erlasses. Die Versammlung hatte alleine die Worte des „Zentrumsbischofs" zum Thema gehabt. Unter dem Motto „Druck erzeugt Gegendruck" sprach der Schulungsleiter der Gauführerschule Köln-Aachen. Mit dem Hirtenbrief habe die Kirche ihre wahren Ziele gezeigt, nämlich der Regierung und „der staatlichen Gesetzgebung" – er meint das Sterilisationsgesetz – entgegenzuarbeiten: „Die Kirche wolle scheinbar kein Volk, sondern ein Völkergemisch, das dann einer, der Papst, beherrschen könne"[55]. Auch im von uns untersuchten Rhein-Sieg-Kreis kam der Erlass zur Verlesung. Die jeweiligen Gottesdienste in den Kirchen wurden überwacht. Während in Honnef und Oberpleis lediglich der Text verlesen wurde, meldete der Amtsbürgermeister von Oberkassel, dass die Geistlichkeit darüber hinaus in seinem Bezirk „offen von der Kanzel herab gegen das Gesetz gesprochen" habe.[56]

Die Spitzen des Erzbistums rangen mit der richtigen Antwort. Das geht auch aus den Notizen des Kölner Generalvikars David hervor. In nie dagewesener Form befinde sich, heißt es dort, das deutsche Volk in einer „Gewissensbedrängnis"[57] und einer „akuten Gefahr des Abfalles von Kirche und Christentum". In vielen Fragen wünschten sich die Laien klarere und einheitliche Weisungen der Bischöfe. Neben dem Wert der katholischen Vereine zählten auch die Frage der Sterilisierungen dazu: „Man ist zu grossen Opfern bereit, will aber gewiss sein, dass sie an der rechten Stelle gebracht werden." Was David und in letzter Konsequenz auch Schulte daraus schlossen, war ein ganzer Katalog an „zeitgemässen Gegenmaßnahmen". Diese sollten dem übergeordneten Ziel zugutekommen, den Kampf um die eigenen Glaubenswahrheiten in einer ansonsten gleichgeschalteten Öffentlichkeit mit Hilfe theologisch-wissenschaftlicher Schulung auszufechten. Bereits 1934 war im Kölner Generalvikariat unter der Leitung des agilen Domvikars Joseph Teusch eine Stelle eingerichtet worden, die sich durch analytische Kärrnerarbeit und der Veröffentlichung von Gegenschriften in einer Gesamtauflagenhöhe von rund 17 Millionen Exemplaren in diesen Kampf einschaltete.[58] Die Zwangssterilisierungen wurden dennoch nicht zum Inhalt einer eigenen

---

den Fall eines ausbrechenden „Kulturkampfes", stehe zu „befürchten, dass die Geschlossenheit der nationalsozialistischen Partei und Nebenorganisationen Einbusse[n] erleiden wird; darüber hinaus kann kein Zweifel daran bestehen, dass, jedenfalls nach dem heutigen Stand der Lage, der überwiegende Teil der Bevölkerung auf der Seite der Kirche stehen wird". Vgl. Lagebericht der Gestapostelle Aachen für Mai 1935, in: Anselm Faust/Bernd-A. Rusinek /Burkhard Dietz (Bearb.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen. Band 2,1: Januar-Juni 1935 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, LXXXI), Düsseldorf 2014, 568–598, hier 586.

55 Archiv des Erzbistums Köln (AEK), Gen I, 22.13,1, Bericht über Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe Wahn am 18.01.1934, unbekannter Autor, 19.01.1934.

56 Zur allgemeinen Situation vgl. das Schreiben des Landrates an die Gestapo, 19.01.1934. ARSK LSK, Nr. 2850. Für die Vorgänge in den Orten vgl. ARSK LSK, Nr. 3260.

57 AEK CR I, 2.19,31, Handschriftliche Vorüberlegungen Generalvikar David zur Fuldaer Bischofskonferenz 1935, undatiert. Auch für die folgenden Zitate.

58 Keywan Klaus Münster, „König oder Privatmann". Das kirchliche Lehramt und die Einrichtung der „Abwehrstelle gegen die antichristliche Propaganda" in Köln, in: Geschichte in Köln 64 (2017), 214–240; Ders., „Dein Volk – oder Christus?" Joseph Teusch, die Kölner „Abwehrstelle" und die Auseinandersetzung der katholischen Kirche

katholischen Gegenschrift, wie es beispielsweise bei Alfred Rosenbergs „Mythus" der Fall war. Auch in den berühmten „Katechismuswahrheiten" findet sich kein entsprechender Verweis.

Das Generalvikariat setzte vielmehr auf die regelmäßige Mahnung, sich in keiner Weise an den Maßnahmen zu beteiligen. Daraus ergab sich für große Teile des Kirchenvolkes durchaus eine missliche Situation, die – beispielsweise im Falle der Krankenschwestern – das tägliche Geschäft zur Gewissensentscheidung machte. Im Jahr 1936 machte David die Krankenschwestern darauf aufmerksam, dass sie bei Sterilisationen weder aktiv werden, noch Hilfsdienste wie Anreichungen, Überführung der Patient*innen in der OP-Saal oder Narkotisierung leisten dürften. Gauleiter Josef Grohé folgerte daraus, die Schaffung von NS-Schwesternstationen – übrigens bislang selten in der historischen Forschung berücksichtigt[59] – habe durch einen solchen Schritt „erhöhte Bedeutung"[60] erlangt. Doch wie verhielt es sich bei den Krankenmorden, dem unter dem Deckmantel des ausgebrochenen Weltkrieges vorangetriebenen „Euthanasie"-Programm? Musste der Mord an jenen Menschen mit Behinderungen das Einschreiten des kirchlichen Lehramtes nicht in noch höherem Maße herausfordern?

Abb. 5: Josef Grohé auf dem Kreisparteitag der NSDAP in Gemünd, 13./14.6.1937 (Bildsammlung F.A. Heinen, Schleiden)

---

mit dem völkischen Nationalsozialismus, in: Christoph Kösters/Hans Maier/Frank Kleinehagenbrock (Hg.): Profil und Prägung. Historische Perspektiven auf 100 dt. Katholikentage (Politik- und Kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, 34), Paderborn 2017, 67–89.

59 Vgl. die Studie von Ulrike Gaida, Zwischen Pflegen und Töten. Krankenschwestern im Nationalsozialismus, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2008.

60 BArch, NS 22, Nr. 716, Stimmungs- und Lagebericht des Gauleiters Grohé, Gau Köln-Aachen, 12.08.1936.

Die Verurteilung der freilich schnell bekannt gewordenen Maßnahmen war allen Bischöfen ein Anliegen, die daraus folgenden Konsequenzen, darunter öffentliche Protestmaßnahmen, zogen jedoch die wenigsten. Das ist nicht immer mit Passivität zu erklären. Dennoch hat es seinen Grund, dass es ein einzelner Bischof ist, an den wir uns heute erinnern, sobald von Krankenmorden die Rede ist. Es war die als „Eingabenpolitik" bekannt gewordene Linie Bertrams und das Verkennen der Wirkmacht öffentlicher Mobilisierung, die die Bischofskonferenz in einzelne Lager spaltete.[61] Auch in Köln wurde von einer neuen „Eingabe in dieser Angelegenheit" abgesehen.[62] Was die Oberhirten zurückhielt, war die drohende Gefahr, Anstalten und Organisationen kirchlicher Trägerschaft an eine staatliche Aufsicht zu verlieren – von öffentlichen Protestaktionen war keine Rede. Wie real war diese Gefahr?

Als Galen seine Predigten gehalten hatte, tobte die nationalsozialistische Führungsriege. In bislang ungewohnter Form hatte der Münsteraner Bischof einem jeden das Ausmaß und die Relevanz des Unrechtes vor Augen geführt. Das Auftreten und die Worte Galens waren ein Novum. Nachdem mehr als 70.000 Menschen ermordet worden waren, ließ Hitler die „Aktion T4" am 24. August 1941 mit Blick auf potentielle Unruhen in der Bevölkerung stoppen.[63] Mit Galen geschah nichts; erst nach dem Krieg wollten Goebbels und Hitler „auf Heller und Pfennig" [64] mit ihm abrechnen. Doch die Realität war eine andere. Resigniert notierte Goebbels in sein Tagebuch, dass es „im Augenblick psychologisch kaum tragbar" sei, an Galen ein Exempel zu statuieren. Hitler stellte in einem Gespräch mit dem Propagandachef fest: „Man muß die Eiterbeule reifen lassen, bis man sie aufsticht"[65]. Der Laie bekam von diesem Vorgehen nichts mit. Nachhaltigen Einfluss an der Basis hatte lediglich Galens mutiges Vorpreschen. In bislang nicht bekanntem Ausmaß wurden die Predigten illegal vervielfältigt und verteilt.

Dies geschah beispielsweise in Ottweiler auf dem Gelände der Tabakfabrik Kogler. Hier wurden Vervielfältigungen gedruckt. Dabei half auch die aus St. Wendel stammende Büroangestellte Thekla Rausch. Sie wurde fortan überwacht. Zudem wurde

---

61 Vgl. den jüngst erschienenen Überblick von Maria Anna Zumholz, Die Fuldaer Bischofskonferenz 1933–1945 im Spannungsfeld von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, von Seelsorge und Politik, in: Zumholz/Hirschfeld, Seelsorge, 725–763, hier 755f. Eindrückliche Passagen finden sich auch in Ulrich von Hehl (Bearb.), Walter Adolph. Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, 28), 4. Aufl., Mainz 1987.

62 Hehl, Kirche, 226.

63 Vgl. Ernst Klee, „Euthanasie" im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens", 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2010, 280–333, oder den konzisen Überblick von Wolfgang Neugebauer, Die „Aktion T4", in: Brigitte Kepplinger/Gerhart Marckhgott/Hartmut Reese (Hrsg.), Tötungsanstalt Hartheim (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus, 3), 3. Aufl., Linz 2013, 17–33, hier 30f. Zur Unruhe in der Bevölkerung vgl. beispielsweise den Auszug aus dem Lagebericht des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken, 08.08.1941 (Nr. 227), in: Hubert Gruber (Hg.), Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930–1945. Ein Bericht in Quellen, Paderborn 2006, 451f.

64 So der Eintrag vom 04.07.1942 in Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart 1976, 416.

65 Volker Dahm (Bearb.). Joseph Goebbels. Die Tagebücher, Teil 2: Diktate 1941–1945, Band 10: Oktober-Dezember 1943, München 1994, 391.

ihr Haus durchsucht und ein Verhör durch die Gestapo vorgenommen.[66] Rausch ist ein gutes Beispiel dafür, dass insbesondere die Rolle der Frauen im Widerstand neu bewertet werden müsste.[67] Es waren häufig jene in der Pfarre organisierten Frauen, die im Verbund mit ihren Geistlichen das Rückgrat einer Maschinerie bildeten, die beispielsweise in Bezug auf das St. Wendeler Missionshaus der Steyler Missionare als „Lügenfabrik und Katakombendruckerei" gegeißelt wurde.[68]

Differenter ist der Blick auf die evangelische Kirche. Diese ließ sich durchaus auf die staatlich angeordneten Zwangssterilisationen ein, lehnte jedoch nach einer intensiven Debatte die „Euthanasie" ab. Allerdings geschah dies zu spät für die Institute in protestantischer Trägerschaft, denn die Patient*innenmorde trafen sie ohne kirchliche Vorgaben.[69] Die Bemühungen von Geistlichen und Anstaltsleitern, gegen die Tötungen vorzugehen, kamen jedoch nicht über schriftlichen Eingaben hinaus. Die bekanntesten stammten vom Württemberger Bischof Theofil Wurm, dem Pfarrer und Vizepräsidenten des Centralausschusses der Inneren Mission Gerhard Braune sowie dem Leiter der Bodelschwinghschen Anstalten Friedrich von Bodelschwingh.[70] Auch aus der im Rheinland gegründeten Bekennenden Kirche kamen Proteste, aufgrund ihrer dezentralen Struktur jedoch nur von Einzelpersonen.[71] Gerade vor dem Hintergrund der Predigten Galens sind überdurchschnittlich viele ökumenische Fälle zu konstatieren. In vielen Fällen können wir nur erahnen, welche Auswirkungen das Handeln des katholischen Bischofs auf die Gläubigen hatte. Ein Beispiel: Der aus einer liberalen Elberfelder Familie stammende Willi Ahrem brachte Jüdinnen und Juden aus dem deutsch besetzten Teil Weißrusslands über die Grenze in den rumänisch besetzten Teil. Dies bewerkstelligte er in seiner Funktion als Hauptgruppenführer der Organisation Todt (OT). Geprägt hatten den evangelischen Ahrem vor allem drei Dinge: Die Mitgliedschaft in der Wandervogelbewegung in seiner Jugend, die miterlebten gewalttätigen Ausschreitungen im November 1938 und letztlich auch die Predigten des Bischofs von Galen in seiner Ausbildungszeit in Münster.[72] Ein zweiter Fall stammt aus Winningen an der Mosel: Elisabeth Müller war die Tochter des örtlichen Pfarrers. Als Mitglied des evangelischen Frauen- sowie des Jungfrauenvereins, verhielt sich Elisabeth Müller laut

66 Vgl. LA Saar, LEA, Nr. 2117.

67 Schon für das 19. Jahrhundert konstatierte Bernhard Schneider eine „Feminisierung der Religion". Auch wenn dies für das 20. Jahrhundert gleich mehr gilt, hat die Wissenschaft die Erforschung der Frauen im kirchlichen Widerstand bislang nur stiefmütterlich behandelt. Vgl. Bernhard Schneider, Feminisierung der Religion im 19. Jahrhundert. Perspektiven einer These im Kontext des deutschen Katholizismus, in: Trierer Theologische Zeitschrift 111 (2002), 123–147.

68 Vgl. Münster, Volk, 78. Das Zitat stammt von Josef Bürckel aus der *Saarbrücker Zeitung* vom 31.07.1937.

69 Vgl.: Schmuhl, Hans-Walter, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens" 1890–1945 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 75), Göttingen 1987, 305–312; Kaminsky, Zwangssterilisation, 306–315.

70 Siehe dazu den Beitrag von Boris Böhm in diesem Band.

71 Hierzu: Schmuhl, Rassenhygiene, 344–346. Außerdem: Ansgar S. Klein, Zwangssterilisationen, 302.

72 Vgl. Beate Kosmala, Die Ermordung der Juden von Nemirov und die Rettungsaktion von Willi Ahrem, in: Wolfram Wette (Hg.), Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2006, 145–159; Frank Friedhelm Homberg, Retterwiderstand in Wuppertal während des Nationalsozialismus, Diss. Düsseldorf 2008, 181–185.

Unterlagen von Gestapo und Staatsanwaltschaft dem Nationalsozialismus gegenüber ablehnend. Über sich selbst sagte sie, dass sie über die christenfeindliche Politik der NSDAP zu ihrer Ablehnung gekommen sei. Müller verstieß in Winningen 1941 mehrfach gegen das Heimtückegesetz, weshalb sie seit dem 24. Oktober 1941 in staatspolizeilicher Haft und seit dem 13. Januar 1942 in Untersuchungshaft saß. Sie unterhielt einen regen Briefwechsel zu verschiedenen Personen, die dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden. Einem eingeschriebenen Brief an Oberleutnant a.D. von Podewils fügte sie beispielsweise eine Abschrift von zwei Predigten Galens bei.[73]

6. Schlussbetrachtung

Das Narrativ des „strahlenden Helden" taugt nicht – das gilt für kirchliches Handeln, für die Situation in den Familien und selbstredend auch für die Ärzteschaft. „Widerstand" ist ein hehres Wort und im Bereich der NS-Medizinverbrechen nur vorsichtig zu verwenden. Der Begriff der Selbstbehauptung ist passender. Oftmals waren die Biografien der Held*innen gebrochen und die der Verbrecher ebenso. Ein gutes Beispiel ist der Arzt Theophil Hackethal, der in einem Zeitzeugengespräch mit dem Koblenzer Synagogenvorsteher Heinz Kahn genannt wurde.[74] Hackethal war Nachbar der Kahns in Hermeskeil und zugleich als SS-Hauptsturmführer seit 1941 nebenamtlicher Arzt im KZ Hinzert bei Trier.[75] Dort soll er an Menschenversuchen beteiligt gewesen sein, zumindest reihte er sich in die Legion grausamer KZ-Ärzte ein. Als die Familie Kahn abtransportiert werden sollte, kam eines Nachts Hackethal zu ihr und warnte sie. Er stellte ihr sogar ein Auto zur Verfügung, damit sie über die Grenze fliehen könnte. Die Familie Kahn glaubte ihm nicht und blieb – und wurde am nächsten Tag abgeholt und nach Frankfurt gebracht. Von dort ging es später nach Theresienstadt und nach Auschwitz. Auch wird Hackethal nachgesagt, dass er 1935 in seiner Eigenschaft als Krankenhausarzt, er war auch Kreisleiter des Amtes für Volksgesundheit, eine angeordnete Zwangssterilisation nur vorgetäuscht haben soll.[76] In keinem anderen untersuchten Schicksal lagen Schrecken und Hilfe so dicht beieinander wie in diesem Fall. Er zeigt, welche Motive im Alltag antrieben: nämlich das Mitleid im Konkreten, etwa mit der Patientin/dem Patienten, die Freundschaft zum Nachbarn, die Angst um die Freunde. Zugleich war man durchaus in der Lage, bei Fremden die schlimmsten Taten

73 Vgl. LHAK 584,1, Nr. 2893.

74 Zeitzeug*innengespräch vom 23.03.2011. Heinz Kahn ist am 09.02.2014 verstorben.

75 Vgl. zum SS-Sonderlager Hinzert die Arbeiten von Elisabeth Thalhofer, u.a. Elisabeth Thalhofer, Die Lagerstätten an der Saar, in: Rönz/Gestier, Widerstand, 211–242, und Volker Schneider, Waffen-SS, SS-Sonderlager Hinzert. Das Konzentrationslager im Gau Moselland 1939–1945. Untersuchungen zu einem Haftstättensystem der Organisation Todt, der Inspektion der Konzentrationslager und des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, Nonnweiler-Otzenhausen 1998. Zu Hackethal in Hinzert vgl. auch Uwe Bader/Beate Welter, Konzentrationslager Hinzert, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, München 2007, 15–74, 31.

76 Vgl. hierzu Thomas Schnitzler, Ein unerklärlicher Widerspruch. Ein Arzt in Hermeskeil und im KZ Hinzert, in: Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 2007, 226–235.

zu begehen, sei es im Krieg, sei es wie bei Hackethal in einem Konzentrationslager. Ist also Widerstand das richtige Wort? Diese Frage ist eher zu verneinen. Die wenigsten Ärzte verweigerten sich den Krankenmorden oder zuvor schon den Zwangssterilisierungen. Zu kurz griffen oftmals, wie etwa bei Hackethal, ihre Aktionen, so dass sie nicht mit einer oppositionellen Haltung gleichgesetzt werden können. Sie stellten einzelne Konfliktfälle mit der NS-Ideologie dar. Auch die Kirchen verharrten bis auf wenige Ausnahmen in der typischen Arithmetik von Protest und Eingabe. Was sie hätten anders machen können, verdeutlicht allerdings das Beispiel Galens. Und die Bevölkerung? Widerständige Haltungen oder Handlungen lassen sich auch hier „abseits der feststellbaren Empörung und Sorge über das Schicksal der Kranken"[77] nicht oder nur kaum belegen. Man erschrak über die Schicksale der Opfer, aber man wähnte sich nicht selbst betroffen. Für manche Angehörigen war das kranke Familienmitglied auch Belastung und seinen Tod nahm man allzu gerne als Erleichterung wahr. Die zivilisatorische Schicht ist dünn, Gut und Böse sind stets gleichstarke Optionen.

Bibliografie

Aly, Götz: Die Belasteten. „Euthanasie 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte, Frankfurt a.M. 2013.

Bader, Uwe/Welter, Beate: Konzentrationslager Hinzert, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, München 2007.

Becker, Manuel (Hg.): Der militärische Widerstand gegen Hitler im Lichte neuer Kontroversen (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e.V., 12), Bonn 2008.

Berschel, Holger: Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 58), Essen 2001.

Blaschke, Olaf: Stufen des Widerstands – Stufen der Kollaboration, in: Andreas Henkelmann/Nicole Priesching (Hg.), Widerstand? Forschungsperspektiven auf das Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus (theologie.geschichte Beiheft 2), Saarbrücken 2010.

Braß, Christoph: Zwangssterilisation und „Euthanasie" im Saarland 1935–1945, Paderborn 2004.

Dahm, Volker (Hg.): Joseph Goebbels. Die Tagebücher, Teil 2: Diktate 1941–1945, Band 10: Oktober-Dezember 1943, München 1994.

Eckart, Wolfgang Uwe: Medizin in der NS-Diktatur. Ideologie, Praxis, Folgen, Wien–Köln–Weimar 2012.

Erler, Hans/Paucker, Arnold/Ludwig, Ernst (Hg.): „Gegen alle Vergeblichkeit". Jüdischer Widerstand der Juden in Europa 1939–1945, Frankfurt a.M. 1995.

77 Klein, Zwangssterilisationen, 307.

Faust, Anselm/Rusinek, Bernd-A./Dietz, Burkhard (Bearb.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen. Band 2,1: Januar-Juni 1935 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, LXXXI), Düsseldorf 2014.

Ferdinand, Ursula/Kröner Hans-Peter/Mamali, Ioanna (Hg.): Medizinische Fakultäten in der deutschen Hochschullandschaft 1925–1950, Heidelberg 2013.

Forsbach, Ralf (Hg.): Medizin im „Dritten Reich". Humanexperimente, „Euthanasie" und die Debatten der Gegenwart, Hamburg 2006.

Forsbach, Ralf/Hofer, Hans-Georg: Die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin in der NS-Zeit. Ausstellung aus Anlass des 121. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin 18.–21. April 2015 in Mannheim, Wiesbaden 2015.

Forsbach, Ralf: „Euthanasie" und Zwangssterilisierungen im Rheinland (1933–1945), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/euthanasie%2522-und-zwangssterilisierungen-im-rheinland-1933%25E2%2580%25931945/DE-2086/lido/57d1351705eaa2.40921674 (abgerufen am 16.02.2020).

Forsbach, Ralf: Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich", München 2006.

Forsbach, Ralf: Friedrich Albert Panse, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/friedrich-albert-panse/DE-2086/lido/57c9580a31d439.44969002 (abgerufen am 17.03.2020).

Gaida, Ulrike: Zwischen Pflegen und Töten. Krankenschwestern im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2008.

Golaszewski, Marcin: Clemens August Graf von Galen. Ein politischer Prediger im Nationalsozialismus. Analysen der Predigten und Hirtenbriefe, Frankfurt a.M. 2010.

Gotto, Klaus/Hockerts, Hans Günter/Repgen, Konrad: Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans Adolf Jacobsen (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn 1983, 655–668.

Gruber, Hubert (Hg.), Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930–1945. Ein Bericht in Quellen, Paderborn 2006.

Hehl, Ulrich von: Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 23), Mainz 1977.

Hehl, Ulrich von: Walter Adolph. Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, 28), Mainz 1987.

Helbach, Ulrich: Dienst im tiefen Ernst der Gegenwart. Karl Joseph Kardinal Schulte 1871–1941. Erzbischof von Köln 1920–1941, in: Maria Anna Zumholz/Michael Hirschfeld (Hg.), Zwischen Seelsorge und Politik. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit, Münster 2018, 133–173.

Homberg, Frank Friedhelm: Retterwiderstand in Wuppertal während des Nationalsozialismus, phil. Diss., Düsseldorf 2008.

Kaminsky, Uwe: Zwangssterilisation und „Euthanasie" im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933–1945, Köln 1995.
Kater, Michael H.: Ärzte als Hitlers Helfer, Hamburg–Wien 2000.
Kißener, Michael: Ist „Widerstand" nicht „das richtige Wort"?, in: Karl-Joseph Hummel/Michael Kißener (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich – Kontroversen und Debatten, Paderborn 2010, 167–178.
Kißener, Michael: Katholisches Rheinland – Widerständiges Rheinland?, in: RhVjbll 77 (2018), 118–129.
Kißener, Michael: Willi Graf. Von der Prägung eines widerständigen Katholiken (1933–1939), in: Michael Kißener (Hg.), „Weitertragen". Studien zur „Weißen Rose". Festschrift für Anneliese Knoop-Graf zum 80. Geburtstag, Konstanz 2001, 11–24.
Kißener, Michael: Zwischen Diktatur und Demokratie: Badische Richter 1919–1952 (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 7), Konstanz 2003.
Klee, Ernst: „Euthanasie" im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt a.M. 2010.
Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a.M. 2007.
Klein, Ansgar Sebastian: „Euthanasie", Zwangssterilisationen, Humanexperimente. NS-Medizinverbrechen an Rhein und Sieg 1933–1945 (Stadt und Gesellschaft. Studien zur Rheinischen Landesgeschichte 8), Wien–Köln–Weimar 2020.
Klein, Ansgar: Bürgerlicher Widerstand, Retterwiderstand und Alltagswiderstand im Saarland 1935–1945, in: Helmut Rönz/Markus Gestier (Hg.), „Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!" Widerstand an der Saar (Malstätter Beiträge), St. Ingbert 2016, 183–210.
Klein, Matthias: NS- „Rassenhygiene" im Raum Trier (Rheinisches Archiv, 161), phil. Diss., Wien–Köln–Weimar 2020.
Kosmala, Beate: Die Ermordung der Juden von Nemirov und die Rettungsaktion von Willi Ahrem, in: Wolfram Wette (Hg.), Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS, Frankfurt a.M. 2006, 145–159.
Kösters, Christoph: Katholiken im Dritten Reich: eine wissenschafts- und forschungsgeschichtliche Einführung, in: Karl-Joseph Hummel/Michael Kißener (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich – Kontroversen und Debatten, Paderborn 2010, 37–59.
Kraus, Albert H.V.: „Stellen Sie mich an die Wand und knallen Sie mich nieder!" Die katholische Widerstandskämpferin Änne Meier (1896–1989), in: Saarpfalz. Blätter für Geschichte und Volkskunde 47 (1995/94), 33–37.
Kuropka, Joachim (Hg.): Galen. Wege und Irrwege der Forschung, Münster 2015.
Kuropka, Joachim: Unabhängig von „Menschengunst und Menschenlob". Clemens August Graf von Galen 1878–1946. Der Bischof von Münster (1933–1945) als Seelsorger, in: Maria Anna Zumholz/Michael Hirschfeld (Hg.), Zwischen Seelsorge und Politik. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit, Münster 2018, 195–211.
Löffler, Peter (Hg.): Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933–1946, Band 2 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, 42), Paderborn 1996.
Matzerath, Horst: Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Köln 2009.

Methfessel, Birgit/Scholz, Albrecht: Ärzte in der NSDAP. Regionale Unterschiede, in: Deutsches Ärzteblatt 103 (2006), 1064–1065.
Münster, Keywan Klaus: „Dein Volk – oder Christus?" Joseph Teusch, die Kölner „Abwehrstelle" und die Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit dem völkischen Nationalsozialismus, in: Christoph Kösters/Hans Maier/Frank Kleinehagenbrock (Hrsg.), Profil und Prägung. Historische Perspektiven auf 100 dt. Katholikentage (Politik- und Kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, 34), Paderborn 2017, 67–89.
Münster, Keywan Klaus: „König oder Privatmann". Das kirchliche Lehramt und die Einrichtung der „Abwehrstelle gegen die antichristliche Propaganda" in Köln, in: Geschichte in Köln 64 (2017), 214–240.
Münster, Keywan Klaus: Emmerich David, in: Elsbeth Andre/Helmut Rönz (Hg.), Rheinische Lebensbilder. Band 20, Köln 2019, 143–162.
Neugebauer, Wolfgang: Die „Aktion T4", in: Brigitte Kepplinger/Gerhart Marckhgott/Hartmut Reese (Hg.), Tötungsanstalt Hartheim (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus, 3), Linz 2013, 17–35.
Oehler-Klein, Sigrid/Roelcke, Volker (Hg.): Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2007.
Ortner, Helmut: Der einsame Attentäter. Georg Elser – Der Mann, der Hitler töten wollte, Darmstadt 2013.
Paul, Gerhard: „Deutsche Mutter - heim zu Dir!". Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1935, Köln 1984.
Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart 1976.
Raim, Edith: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Der Wiederaufbau der Justiz in den Westzonen unter alliierter Aufsicht und die Ahndung von NS-Verbrechen 1945–1949/50, München 2013.
Renz, Ulrich/Elser, Georg: Allein gegen Hitler, Stuttgart 2014.
Rönz, Helmut (iVm Alena Saam): Widerstand an der Saar 1935–1945. Eine Einleitung, in: Helmut Rönz/Markus Gestier (Hg.), „Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!" Widerstand an der Saar (Malstätter Beiträge), St. Ingbert 2016, 11–47.
Rönz, Helmut: Historiker und Gedenkakteure. Das LVR-Projekt „Widerstand im Rheinland 1933–1945" und der christliche Widerstand, in: Siegfried Hermle/Dagmar Pöpping (Hg), Zwischen Verklärung und Verurteilung. Phasen der Rezeption des evangelischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus nach 1945, Göttingen 2017, 259–270.
Rotzoll, Maike (Hg.): Die nationalsozialistische „Euthanasie"-Aktion „T4" und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn 2010.
Schmidt, Klaus: Das gefährdete Leben. Der Kölner Arzt und Gesundheitspolitiker Franz Vonessen (1892–1970), Köln 2004.
Schmidt, Klaus: Franz Vonessen, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/franz-vonessen/DE-2086/lido/57c9389eda8a84.52218603 (abgerufen am 15.02.2020).

Schmuhl, Hans-Walter: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens" 1890–1945 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 75), Göttingen 1987.

Schneider, Bernhard: Feminisierung der Religion im 19. Jahrhundert. Perspektiven einer These im Kontext des deutschen Katholizismus, in: Trierer Theologische Zeitschrift 111 (2002), 123–147.

Schneider, Volker: Waffen-SS, SS-Sonderlager Hinzert. Das Konzentrationslager im Gau Moselland 1939–1945. Untersuchungen zu einem Haftstättensystem der Organisation Todt, der Inspektion der Konzentrationslager und des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, Nonnweiler-Otzenhausen 1998.

Schnitzler, Thomas: Ein unerklärlicher Widerspruch. Ein Arzt in Hermeskeil und im KZ Hinzert, in: Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 2007, 226–235.

Schulte, Armin/Krebs, Helene: Biographische Skizzen von Solinger Opfern des Nationalsozialismus, abgerufen unter: https://www.solingen.de/de/archiv/stolperstein-krebs-helene-geborene-berg-berg-helene-verheiratete-krebs-94017/ (abgerufen am 17.03.2020).

Schulz, René/Zeiler, Paula: Willi Graf, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/willi-graf/DE-2086/lido/57c6d5a3d53658.65913355 (abgerufen am 17.03.2020).

Šimůnek, Michal: Ein neues Fach. Die Erb- und Rassenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Prag 1939–1945, in: Antonín Kostlán (Hg.), Wissenschaft in den böhmischen Ländern 1939–1945, Praha 2004, 190–316.

Stasiewski, Bernard (Bearb), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Band 1: 1933–1934 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, 5), Mainz 1968.

Thalhofer, Elisabeth: Die Lagerstätten an der Saar, in: Helmut Rönz/Markus Gestier (Hrsg.): „Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!" Widerstand an der Saar (Malstätter Beiträge), St. Ingbert 2016, 211–242.

Wette, Wolfram (Hg.): Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt a.M. 2003.

Wolf, Hubert/Flammer, Thomas/Schüler Barbara: Clemens August Graf von Galen. Ein Kirchenfürst im Nationalsozialismus, Darmstadt 2007.

Wolf, Hubert/Lueb, Ingrid: Clemens August Graf von Galen. Gehorsam und Gewissen, Freiburg u.a. 2006.

Zumholz, Maria Anna: Die Fuldaer Bischofskonferenz 1933–1945 im Spannungsfeld von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, von Seelsorge und Politik, in: Maria Anna Zumholz/Michael Hirschfeld (Hg.), Zwischen Seelsorge und Politik. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit, Münster 2018, 725–763.